



---

Marc Henrichmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Mitglieder der CDU  
im Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II  
im Email-Verteiler

**Berliner Büro**

**Unter den Linden 71**

**Raum 337**

Telefon 030 227 – 79385

Fax 030 227 – 70385

E-Mail: [marc.henrichmann@bundestag.de](mailto:marc.henrichmann@bundestag.de)

Berlin, 27. November 2020

## **Corona-Regeln, europäisches Asylsystem und die Zukunft der Landwirtschaft**

---

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

Sie alle haben es der Presse entnommen: Nach der Konferenz der Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin gelten neue, verschärfte Corona-Maßnahmen. Die erzielten Fortschritte bei der Verlangsamung der Neuinfektion ermöglichen leider noch keine Lockerungen. Ich halte daher [die Beschlüsse](#) für vertretbar. Mir war besonders wichtig, dass wir zu Weihnachten Familienfeiern im kleinen Kreis zulassen.

Die ersten Meldungen über wirksame und sichere Impfstoffe sind ein Hoffnungsschimmer in schwierigen Zeiten. Ein Allheilmittel ist der Impfstoff aber nicht. Wir brauchen ein reibungsloses Zusammenspiel von Kontaktreduzierung, Nachverfolgung des Infektionsgeschehens, Schnelltests und Impfungen, um Deutschland weiter gut durch die Krise zu steuern.

Am Donnerstag haben wir im Deutschen Bundestag ausführlich über die Beschlüsse debattiert. [Gut gefallen hat mir der Redebeitrag unseres Fraktionsvorsitzenden.](#)

Die Corona-Pandemie ist zu vorderst eine gesundheitspolitische Krise. Gleichwohl ist sie auch aus politischer und finanzpolitischer Perspektive eine Herausforderung. [Die Hilfen für Unternehmen, die im November schließen mussten, können nun beantragt werden.](#) Bundeswirtschaftsminister Altmaier hat zugesagt, die Hilfgelder schnell und unbürokratisch auszuzahlen. Dabei gilt: Der Bund stößt langsam aber sicher an seine finanzpolitischen Grenzen. Wir müssen das Infektionsgeschehen unter Kontrolle



bekommen, damit unsere Unternehmen, die wir für einen wirtschaftlichen Neustart brauchen, eine sichere Perspektive haben.

Der Deutschen Bundestag hat in dieser Woche ein Gesetz verabschiedet, [um das Gesundheitssystem finanziell zu entlasten](#). Den Krankenversicherungen wird ein Zuschuss in Höhe von fünf Milliarden Euro gewährt. Eine Erhöhung der Krankenkassenbeiträge für Beitragszahler konnte damit – zunächst – abgewendet werden.

Auch haben wir in dieser Sitzungswoche einiges für Familien getan. Das Elterngeld ist eine Erfolgsgeschichte. 2019 haben fast zwei Millionen Mütter und Väter diese staatliche Leistung in Anspruch genommen. [Wir beraten derzeit ein Gesetz, um das Elterngeld noch flexibler und attraktiver auszugestalten](#). Wir wollen mehr Teilzeitmöglichkeiten einführen, einen Frühchenmonat gewähren und Bürokratie abbauen.

### **Wir kämpfen entschlossen gegen Rechtsextremismus und Rassismus**

In der Innenpolitik haben zwei große Gesetzesvorhaben zur Bekämpfung des Extremismus und zur Zukunft des europäischen Asylsystems die Agenda bestimmt.

Die Attentate von Hanau und Halle haben auf schreckliche Weise gezeigt, dass wir den Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus weiter entschlossen führen müssen. Ich begrüße es, dass das Bundeskabinett in dieser Woche 89 Maßnahmen vorgestellt hat, um das gesellschaftliche Miteinander zu stärken. Als Berichterstatter für die politische Bildung fällt die Umsetzung vieler Programme in meine Zuständigkeit. Mit dem Präventionsprogramm „Demokratie im Netz“ packen wir das Übel an der Wurzel. Auch ich erlebe zusehend respektlose Diskussionen, gerade online. Häufig werden rassistische oder extremistische Inhalte geteilt. Diesem Hass müssen wir gezielt vorbeugen.

Wenige Einzelfälle von rassistischen Äußerungen von Polizisten haben in letzter Zeit das Ansehen aller Polizisten beschmutzt. 99,99 Prozent aller Beamten stehen mit beiden Beinen auf dem Grundgesetz. Im Rahmen des Maßnahmenkatalogs wird nun der Polizeialltag untersucht. Nicht einseitig und tendenziös, wie es insbesondere die Grünen immer wieder fordern, sondern auch unter Einbeziehung der besonderen Belastungen unserer Beamten. Die Union steht an der Seite unserer Polizisten.

### **Wir schaffen klare Regeln in der europäischen Asylpolitik**

Als Union haben wir, nach 2015, Ordnung in das deutsche Asylsystem gebracht. Die niedrigen Antragszahlen – in etwa 60.000 Asylanträge im Jahr – sind Beleg unserer guten politischen Entscheidungen. Gleichzeitig zeigen die Geschehnisse an der EU-



Außengrenze, dass wir das europäische Asylsystem reformieren müssen. Dazu hat das Bundesinnenministerium im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft nun konkrete Vorschläge unterbreitet.

Zukünftig soll an den EU-Außengrenzen die vollständige Registrierung, Identifizierung, Sicherheitsprüfung, Gesundheitsprüfung und Vorprüfung des Asylanspruchs vollzogen werden. Ziel ist eine Zurückweisung an der EU-Außengrenze all derjenigen, die keinen Asylanspruch in der EU haben.

Um Rückführungen zu ermöglichen und Migration zu verhindern, ist die Zusammenarbeit mit den Herkunftsstaaten essentiell. Dies schließt auch den Kampf gegen Schleuserkriminalität mit ein.

Die dritte Säule der zukünftigen EU-Asylpolitik betrifft die sogenannte Sekundärmigration in Europa. Zuständig für das Asylverfahren bleibt das Land, in der der Asylberechtigte den Antrag gestellt hat. In der Regel sind das die Länder an der EU-Außengrenze. Das Stellen eines zweiten Asylantrages in einem anderen EU-Land soll ausgeschlossen sein.

Beim vierten Punkt gestalten sich die Verhandlungen als schwierig. Es geht um solidarische Flüchtlingsverteilung in Europa. Alle Staaten in der EU sind sich aber einig, dass sie ihren Beitrag leisten wollen.

Fünftens werden wir unter strengen Auflagen eine legale Migration ermöglichen.

Das Bundesinnenministerium zeigte sich zuversichtlich, in den nächsten Wochen, bis zum Ende der EU-Ratspräsidentschaft, eine politische Einigung zu erzielen. Die rechtliche Umsetzung wird aber noch viel Zeit in Anspruch nehmen.

### **Einladung zum digitalen Fachgespräch: Die Zukunft der Landwirtschaft**

Zudem möchte ich auf [eine Veranstaltung der CDU/CSU Bundestagsfraktion für Landwirte](#) und all diejenigen, die sich für Landwirtschaftspolitik interessieren, hinweisen. Derzeit laufen in der Europäischen Union die Verhandlungen über die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) für die Haushaltsperiode 2021 bis 2027. Im Mittelpunkt der Diskussion um die GAP stehen eine sichere Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbaren Nahrungsmitteln, die Entwicklung ländlicher Räume, die Zukunft der Landwirtschaft und das Thema Nachhaltigkeit.

Diesen Gesamtkomplex diskutieren wir als Union in einem digitalen Fachgespräch am Mittwoch, 2. Dezember, von 15 bis 16.30 Uhr. [Anmeldungen sind an dieser Stelle möglich](#). Zur Teilnahme an der Videokonferenz wird das Programm „Cisco Webex Meetings“ benötigt, das es kostenlos für [Computer](#), [iPhones und iPads](#) sowie [Android-Smartphones](#) gibt.



Marc Henrichmann

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Abgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II  
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Seite 4 von 4 Seiten des Schreibens vom 27.11.20

Dieser Parforceritt durch die Bundespolitik zeigt: Wir leben in politisch anspruchsvollen Zeiten. Umso mehr wünsche ich Ihnen und Ihren Familien eine besinnliche Adventszeit, bleiben Sie gesund.

Für Rückfragen zu politischen Themen erreichen Sie mich unter [marc.henrichmann@bundestag.de](mailto:marc.henrichmann@bundestag.de).

Viele Grüße aus Berlin

Ihr Marc Henrichmann

P.S.

Möchten Sie mehr erfahren über meine Arbeit im Wahlkreis und Berlin? Haben Sie Lust auf Politik? Schauen Sie gern auf meine [Homepage](#), bei [Facebook](#), [Instagram](#) oder [Twitter](#) vorbei.